



II-11017 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN
für Umwelt, Jugend und Familie
MARIA RAUCH-KALLAT

GZ. 70 0502/139-Pr.2/93

A-1031 WIEN, DEN...30. August..1993...
RADEZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

5034/AB

1993-09-01

zu 5134/J

Die Abgeordneten Haller, Huber, Mag. Praxmarer haben am 9. Juli 1993 die schriftliche parlamentarische Anfrage mit Nr. 5134/J betreffend Lastenausgleich zwischen Eltern mit Kindern und Kinderlosen mit folgendem Wortlaut an mich gerichtet:

1. Wie wird Ihrer Vorstellung nach die Umsetzung des von Ihnen vorgeschlagenen Lastenausgleichs zwischen Eltern und Kindern und Kinderlosen aussehen und ab welchem Zeitpunkt könnte dieser Ausgleich wirksam werden?
2. Wird im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie bereits an einem Konzept für den Lastenausgleich gearbeitet und falls ja, wie sieht dieses aus und falls nein, für wann sind diesbezügliche Arbeiten vorgesehen?
3. Gibt es Berechnungen für Österreich, aus denen hervorgeht, wie hoch die Transferleistungen von Familien mit Kindern zugunsten Kinderloser sind und falls nein, wann werden Sie eine solche Untersuchung in Auftrag geben?

./2

4. Sind in die Vorbereitungsarbeiten zum Lastenausgleich auch von diesem Thema unmittelbar betroffenen Ministerien - wie z.B. das Bundesministerium für Arbeit und Soziales - miteingebunden und wenn ja, in welcher Form?

Hiezu beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu Z 1. und 2.:

Der Familienlastenausgleich - als tragende Säule der österreichischen Familienpolitik - wurde geschaffen, um einen finanziellen Ausgleich zwischen jenen zu schaffen, die Kinder aufziehen und jenen, die keine Kinder haben. Ich schätze den Stellenwert dieses Systems, das europaweit eine Spitzenstellung erreicht hat, halte es aber für erforderlich, Überlegungen anzustellen, um Eltern mit Kindern noch effizienter zu unterstützen. Dies nicht zuletzt im Hinblick darauf, daß der Familienlastenausgleich an die Grenzen der Finanzierbarkeit gestoßen ist.

Ich habe daher die Studie "Alternative Konzepte zur Reorganisation des Familienlastenausgleiches" in Auftrag gegeben, von der ich mir richtungweisende Impulse erwarte.

Zu 3.:

Unter Einbeziehung der Familienförderung, wie Geburtenbeihilfe, Familienbeihilfe, Schülerfreifahrt und Schulfahrtbeihilfe sowie der unentgeltlichen Schulbücher, werden für die Betreuung und Ausbildung der Kinder schätzungsweise rund 120 Milliarden S jährlich bereitgestellt. Genau detailliertes Datenmaterial liegt - aufgrund der Komplexität dieses Bereiches - nicht vor.

Ich beabsichtige derzeit nicht, eine derartige Studie in Auftrag zu geben, zumal ich mir zunächst von der oben genannten Studie weitere Aufschlüsse erwarte.

- 3 -

Zu 4.:

Nach Fertigstellung der Studie "Alternative Konzepte zur Reorganisation des Familienlastenausgleiches" - vorgesehen ist der 31. März 1994 - beabsichtige ich, eine diesbezügliche interdisziplinäre Arbeitsgruppe einzurichten.


(Maria Rauch-Kallat)